



**KVJS**  
Kommunalverband für  
Jugend und Soziales  
Baden-Württemberg

# **KVJS aktuell**

**3/2006**

- 3 Sozialplanung für behinderte Menschen  
gewährt Blick in die Zukunft**
- 10 Ganztagschulen – Herausforderungen  
für Jugendhilfe und Schule**
- 13 Gut vernetzt beim Eingliederungs-  
management der Carl Zeiss Gruppe**
- 17 Durchstarten in den Beruf mit  
Integrationsmanager und Patenschaften**



**KVJS aktuell**  
**November 2006**

**Herausgeber:**  
**Kommunalverband für Jugend**  
**und Soziales Baden-Württemberg**  
**Öffentlichkeitsarbeit**

Verantwortlich:  
Stefan Wiegandt (wgn)

Mit Beiträgen von:  
Gabriele Addow (add)  
Sylvia Rizvi (syr)  
Monika Kleusch (mok)

Lindenspürstraße 39  
70176 Stuttgart

Kontakt:  
Telefon 0711 6375-232 oder -389  
E-Mail [redaktion@kvjs.de](mailto:redaktion@kvjs.de)  
[www.kvjs.de](http://www.kvjs.de)

## Sozialplanung für behinderte Menschen gewährt Blick in die Zukunft

**Der KVJS erstellt gemeinsam mit acht Landkreisen Sozialpläne für behinderte Menschen. Die ersten beiden Studien für den Ostalbkreis und Kreis Ravensburg sind fertig. Fünf weitere Kreise sind an einer Zusammenarbeit interessiert. Denn Kommunalpolitik muss Entscheidungen für die Zukunft treffen. Die baden-württembergischen Stadt- und Landkreise müssen gewährleisten, dass Bürgerinnen und Bürger mit Handicap auch noch in zehn, zwanzig Jahren gut versorgt sind.**

Ein Sozialplan ist eine Studie, die Angebote und Strukturen für behinderte Menschen in einem Kreis ermittelt und analysiert. Auf dieser Basis können die nächsten Jahrzehnte geplant werden. Die Studien für den Ostalbkreis und den Kreis Ravensburg sind abgeschlossen und werden in den jeweiligen Kreistagen vorgestellt. Die Auftraggeber hatten wissen wollen, wie viele Wohnheime und Werkstätten geistig behinderte Erwachsene in zehn Jahren benötigen werden.

Für den Ostalbkreis steht fest: Das Angebot an Heimplätzen im Kreis ist für geistig und mehrfach behinderte Erwachsene gut ausgebaut. Auf 10.000 Einwohner gibt es 21 Wohnheimplätze. Damit liegt der Kreis im Mittelfeld der Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs. Die ambulante, wohnortnahe Versorgung dagegen kann noch einen Ausbau vertragen. Während die Gemeinden um Ellwangen und Aalen heute schon gut dastehen, fehlen in der Ecke Schwäbisch Gmünd und Neresheim/Bopfingen noch ambulante Wohnangebote. Zudem sollen im gesamten Ostalbkreis „integrierte Konzepte“ gefördert werden. Das sind Wohnmöglichkeiten mit einer guten Anbindung an Werkstätten für behinderte Menschen (WfBM) oder an Freizeittreffs. Auch teilstationäre Angebote wie etwa WfBM, Förder- und Betreuungsgruppen oder Angebote für betagte Behinderte will der Kreis mit hoher Priorität ausbauen. Denn Ziel der modernen Behindertenarbeit

ist es, Heimaufenthalte zu vermeiden oder hinauszuzögern.

### Mehr ambulante Wohnangebote

Auch im Kreis Ravensburg gibt es genügend Wohnheim- und Werkstattplätze. Doch manche Großeinrichtung liegt abseits der Stadt- und Dorfzentren „auf der grünen Wiese“, es fehlt am Kontakt mit nicht behinderten Menschen. Einzelne Gebäude sind in einem sehr schlechten baulichen Zustand. Die Dezentralisierung der Großeinrichtungen in kleine, gemeindenahere Einheiten ist deshalb eine der zukünftigen Aufgaben. Zu klären ist, wie mit einem eventuell speziellen Bedarf von besonderen Zielgruppen umzugehen ist. Bereits jetzt gibt es im Landkreis Ravensburg überdurchschnittlich viele ältere und teilweise pflegebedürftige Menschen mit Behinderung. Die Angebote für diese Menschen müssen weiter ausgebaut werden. Auf dem Plan stehen zudem der Ausbau der offenen Hilfen sowie der ambulant betreuten Wohnformen um mindestens zehn bis 20 Prozent. Und nicht zuletzt sollen die vorhandenen, teilweise sehr differenzierten Angebote weiter vernetzt werden, auch trägerübergreifend.

Die mit dem KVJS verfassten Sozialpläne gewähren einen wissenschaftlich fundierten Blick in die Zukunft. Seit 2005 erstellt der KVJS solche Studien im Auftrag interessierter Stadt- und Landkreise Baden-

Württembergs. Die Ausgangsfragen können sehr verschieden sein. „Ein Sozialplan kann sehr breit angelegt sein und sich mit allen Angeboten für geistig, seelisch oder körperlich behinderte Menschen beschäftigen – von der Frühförderung über Kindergarten und Schule zu Wohnen, Arbeit und Beruf“, sagt KVJS-Sozialplanerin Christine Blankenfeld. Er könne sich aber auch auf eine Gruppe – etwa die der geistig behinderten Erwachsenen – konzentrieren. Kreise könnten beim KVJS zudem Teilgutachten in Auftrag geben. Das könne zum Beispiel eine Vorausschätzung sein, wie sich die Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen entwickeln werden; oder eben eine Vorausschätzung, welche Angebote in einem Stadt- oder Landkreis gebraucht würden oder ausgebaut werden müssten – wie jetzt im Ostalbkreis und Kreis Ravensburg geschehen. „Stets jedoch“, so Blankenfeld, „ist die wissen-

schaftliche Studie zugeschnitten auf die besondere Situation sowie die Ziele und Wünsche des Auftrag gebenden Kreises.“ Der Auftraggeber kann zudem eigene Ressourcen, etwa beim Personal, *Know how* oder bei der EDV einsetzen.

Die Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler vom KVJS arbeiten eng mit den Fachleuten vor Ort zusammen. Sie beraten im Vorfeld der Studie, begleiten die fachliche Diskussion, verfassen den Bericht und stellen am Ende die Ergebnisse vor. Fazit: Mit der Studie gewinnt jeder Auftraggeber eine fundierte Analyse der eigenen Situation im Stadt- oder Landkreis. Christine Blankenfeld: „Sie ermöglicht es, Entwicklungsperspektiven und damit eine Grundlage für anstehende kommunalpolitische Entscheidungen zu entwickeln.“

syr

4

## **Medizinisch-Pädagogischer Dienst am Wirbeln**

Der Medizinisch-Pädagogische Dienst (MPD) hat in Baden-Württemberg immer mehr zu tun. „Die Zahl der Aufträge hat sich im Jahr 2005 auf 4.700 Begutachtungen erhöht“, sagt der MPD-Leiter Professor Gerhard Haas. „Das sind 18 Prozent mehr als im Jahr 2004.“ Nach den bisherigen Hochrechnungen des KVJS werde sich die Zahl im Jahr 2006 gegenüber 2005 nochmals um rund 30 Prozent erhöhen.

Die Mehrarbeit wird verursacht durch eine erheblich gestiegene Nachfrage der Sozialämter. Die Behörden bitten um die Überprüfung des Hilfebedarfs bei behinderten Leistungsempfängern. Auch die Zahl der Neufälle hat zugenommen. Ab 2007 sollen auch im Ambulant Betreuten Wohnen Vergütungspauschalen eingeführt werden, die vom Hilfebedarf der Einzelnen abhängig

sind. Nach den Erfahrungen des MPD wird dies zu einer weiteren Steigerung von 1.500 Fällen pro Jahr führen.

Kernaufgabe des MPD ist es bisher, den individuellen Hilfebedarf von über 20.000 behinderten Menschen in stationären Einrichtungen zu ermitteln und zu bewerten. Seine Bewertungen und Nachbewertungen sollen die Qualität der Hilfeleistungen sichern und die Wirksamkeit der Eingliederungshilfe gewährleisten. Die Eingliederungshilfe soll zum Behinderungsgrad und zu den Fähigkeiten der Leistungsberechtigten passen und Gehandicapte bei der Eingliederung in das Leben in der Gemeinschaft voranbringen. Gleichzeitig trägt die Arbeit des MPD zur Qualitätskontrolle der Einrichtungen bei.

syr

## ***Bilanz des Integrationsamtes 2005: weniger Anträge auf Kündigung***

**154 Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen sind im vergangenen Jahr mit Unterstützung des KVJS-Integrationsamtes geschaffen worden. Die „Aktion 1000“ für mehr Arbeitsplätze wurde gestartet und ein Finanzcontrolling eingeführt – diese und viele weitere Informationen enthält die jetzt vorliegende Leistungsbilanz 2005 des Integrationsamtes.**

Insgesamt 1,55 Millionen Euro flossen 2005 vom Integrationsamt des KVJS an Arbeitgeber für die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Für die behinderungsgerechte Einrichtung von 536 Arbeits- und Ausbildungsplätzen stellte das Integrationsamt 2,05 Millionen Euro zur Verfügung. Außergewöhnliche Belastungen von Arbeitgebern wurden 2005 mit 19,6 Millionen Euro abgegolten.

Beim Integrationsamt gingen 4.077 neue Anträge auf Zustimmung zur Kündigung eines schwerbehinderten Menschen ein (2004: 4.497). Nimmt man anhängige Fälle aus dem Vorjahr hinzu, so bearbeiteten die Fachleute des Integrationsamtes 4.781 Kündigungsschutzfälle, von denen 4.244 abgeschlossen wurden. Damit war die Zahl der Neuanträge zur Kündigung, die besonders 2002 und 2003 drastisch angestiegen war, im zweiten Jahr leicht rückläufig.

Bei den 4.244 im Jahr 2005 abgeschlossenen Kündigungsverfahren erteilte das Integrationsamt in 2.595 Fällen oder 61,6 Prozent (2004: 56,1 Prozent) seine Zustimmung, in 245 Fällen oder 5,8 Prozent (2004: 4,8 Prozent) wurde sie versagt.

### **Neue IFD-Verträge geschlossen**

Die Zusammenarbeit mit den Integrationsfachdiensten (IFD), für die das Integrationsamt seit 2005 die Strukturverantwortung trägt, wurde auf eine neue Grundlage

gestellt. Eine regional gleichmäßige Ausstattung, eine kostensparende Reduzierung der Standorte und vergleichbare fachliche Standards wurden eingeführt. Die Fachdienste für blinde, sehbehinderte Menschen und für hörbehinderte Menschen wurden in die IFD eingegliedert. Ein besonderer Schwerpunkt der IFD-Arbeit bildet nun die Eingliederung besonders betroffener – meist geistig behinderter – Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt.

Das Aufkommen der Ausgleichabgabe war im dritten Jahr rückläufig: von 80 Millionen Euro 2002 auf nur noch 73 Millionen Euro 2005. Durch die Einführung eines regelmäßigen Finanzcontrollings gelang es dem Integrationsamt, die zu Beginn des Jahres noch dramatische Haushaltssituation zu konsolidieren.

Mit dem Start der „Aktion 1000“ am Ende des letzten Jahres hat der KVJS eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu Gunsten von besonders betroffenen schwerbehinderten Menschen eingeleitet. Dieses Bündel verschiedener Maßnahmen und Modelle soll für Abgänger von Sonderschulen und Beschäftigte von Werkstätten für behinderte Menschen 1.000 neue Arbeitsplätze bis 2010 schaffen.

**Weitere Informationen in der Publikation „Leistungsbilanz 2005“, vgl. Seite 20.**

*mok*

## „Wir brauchen gebildete, integrierte und motivierte junge Menschen“

**Welche Hilfen für wen in welchem Umfang? In Zeiten leerer Kassen kommt es mehr denn je darauf an, Leistungsstrukturen und Arbeitsweisen der Kinder- und Jugendhilfe effektiv auszugestalten und knappe Ressourcen effizient einzusetzen. Gabriele Addow sprach mit den KVJS-Jugendhilfeplanern Margit Gerstner und Dr. Ulrich Bürger.**

*Kein anderes Bundesland neben Bayern nimmt so wenig stationäre Erziehungshilfen in Anspruch wie Baden-Württemberg. Heißt das, wir brauchen künftig nicht mehr, sondern weniger Jugendhilfe?*

**Margit Gerstner:** Um diese Frage zu beantworten, muss man zunächst einmal schauen, warum in Baden-Württemberg vergleichsweise so wenig Kinder außerhalb ihrer Herkunftsfamilien, also in Pflegefamilien oder Heimerziehung, betreut werden. Eine der Ursachen liegt nämlich darin, dass die meisten Jugendämter in den Stadt- und Landkreisen in den zurückliegenden Jahren besonders viel beim Ausbau der ambulanten und der teilstationären Erziehungshilfen getan haben. Dabei geht es um sozialpädagogische Hilfen, die jungen Menschen und deren Familien frühzeitig zielgerichtete und oftmals kostengünstigere Unterstützung geben, ohne dass die Kinder aus den Familien heraus genommen werden müssen. Dieses starke, auch seitens der freien Träger mitgestaltete Engagement der Jugendämter trägt also gewissermaßen Früchte in Form der niedrigen Inanspruchnahme stationärer Hilfen. Ein „Weniger“ an solchen Angeboten könnte sich rasch als „Schuss nach hinten“ erweisen, der in eine erhöhte Inanspruchnahme stationärer Hilfen umschlägt. Das sollte aus fachlichen wie fiskalischen Gründen tunlichst vermieden werden. Wenngleich es sicherlich immer auch Kinder und Jugendliche geben wird, die notwendigerweise, aber eben auch bedarfsgerecht, eine Hilfe außerhalb ihrer Herkunftsfamilien benötigen und erhalten.

*Weil viele Familien heute mit der Erziehung überfordert sind?*

**Dr. Ulrich Bürger:** Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass auch in Baden-Württemberg immer mehr junge Menschen unter schwierigen Bedingungen aufwachsen. Jüngere Untersuchungen zeigen, dass zum Beispiel die Zahl der von Scheidung ihrer Eltern betroffenen Kinder in den zurückliegenden Jahren in ausnahmslos allen untersuchten Kreisen deutlich angestiegen ist. Auch der Anteil der Kinder, die an der Armutsgrenze aufwachsen, nimmt in vielen Kreisen zu. Nun bedeutet dies natürlich nicht, dass diese Familien und Kinder alle auf erzieherische Hilfen angewiesen sind – das anzunehmen wäre Unsinn. Das Risiko von Überforderungssituationen nimmt in diesen Familien aber eindeutig zu, vor allem dann, wenn mehrere Belastungsfaktoren zusammentreffen. Deshalb sind Kinder aus solchen Lebenslagen in den erzieherischen Hilfen auch weitaus stärker vertreten, als man das nach ihrem Bevölkerungsanteil erwarten würde.

*Bedeutet dies aber nicht auch, dass die Erziehungsverantwortung der Eltern gestärkt werden muss?*

**Dr. Ulrich Bürger:** Es ist sicher richtig, zunächst vor allem die Eltern in ihrer Verantwortung für das Aufwachsen und die Erziehung ihrer Kinder zu sehen. Das erfordert aber auch – und aus den eben genannten Gründen zunehmend –, sie in der Wahrnehmung dieser Verantwortung zu fördern und zu stärken. Dazu gehören

beispielsweise Angebote der Elternbildung oder der Aufbau einer bedarfsgerechten Versorgung mit Angeboten der Kindertagesbetreuung, und zwar für Kinder in allen Altersgruppen. Wie in allen westlichen Bundesländern gilt es ja auch in Baden-Württemberg, die Betreuungsmöglichkeiten für die unter Dreijährigen zu verbessern. Und auch was beispielsweise die Ausgestaltung von Betreuungszeiten in Kindertagesstätten betrifft, bestehen vielerorts sicher noch Entwicklungspotenziale. Werden die ausgeschöpft, können Eltern in der Ausübung ihrer Erziehungsverantwortung spürbar stärker entlastet werden.

Darüber hinaus wird es wichtig sein, in den Gemeinwesen Anlaufpunkte zu schaffen, in denen Väter, Mütter und Kinder zusammentreffen, sich austauschen und auch gegenseitig unterstützen können. Ob man das nun Mutter/Vater-Kind-Zentren, Häuser für Kinder und Familien oder Familientreffs nennt, ist letztlich egal: Es geht um Orte, die in ihrer Erreichbarkeit in die Alltagsstrukturen der Menschen eingebunden sind. Orte, die zur Kommunikation und zu Aktivitäten bürgerlichen Gemeinsinns einladen; die aber eben auch Orte sind, die – wo es erforderlich ist und gewünscht wird – professionelle Beratung, Entlastung und Unterstützung anbieten oder vermitteln.

**Margit Gerstner:** Solche Überlegungen zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur für Kinder und Familien sind außerdem auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zu sehen. Wir befinden uns auf dem unumkehrbaren Weg in eine alternde Gesellschaft, in der Kinder und Jugendliche zunehmend zu einem „knappen Gut“ werden. Umso bedeutsamer wird es, mit diesem knappen Gut sorgsam und förderlich umzugehen. Das steht genauso im Interesse der Entwicklungsmöglichkeiten der jungen Menschen und ihrer Chancen auf soziale Teilhabe wie im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und ihrer Gemeinwesen. Die nämlich werden mehr denn je auf gut und umfassend gebildete, integrierte und motivierte junge Menschen angewiesen sein. Und diese

Herausforderungen werden nicht eben geringer, wenn man bedenkt, dass sich Kindheit absehbar vermehrt in bildungsfernen und migrationsgeprägten Familien abspielen wird.

*Und wie will die Jugendhilfe diesen zukünftigen Herausforderungen begegnen, die ja auch im Zusammenhang mit den aktuellen Bildungsdiskussionen zu sehen sind?*

**Dr. Ulrich Bürger:** Ein wichtiger Schlüssel liegt in der Weiterentwicklung und Optimierung von Kooperationen. Das gilt zum einen, wenn wir noch einmal die Ausgangsfrage nach den erzieherischen Hilfen aufgreifen, für bislang noch bestehende Hürden zwischen den unterschiedlichen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe. Wer es ernst meint mit der Integration, der muss bestrebt sein, Ausgrenzung zu vermeiden. Weshalb also soll die Förderung von jüngeren Kindern mit problematischen Verhaltensweisen nicht gleich eingebettet in den Kindergarten erfolgen, indem man dort zusätzlich Fachressourcen einsetzt, anstatt die Kinder in einem besonderen Angebot der erzieherischen Hilfen zu fördern? Wie steht es um die Kooperationschnittstellen der erzieherischen Hilfen zur Jugendarbeit? Die hat alltagspraktisch ganz andere Zugänge und Akzeptanz bei jungen Menschen, die in Krisen stecken und Unterstützungen brauchen, die langfristiges – und sozialpolitisch betrachtet teures – Abdriften in Perspektivlosigkeit verhindern helfen. In der Überwindung solcher Hürden liegen Chancen für Synergien.

Zum anderen bedarf es jedoch, und das ist mindestens genau so wichtig, einer noch verbesserten Kooperation mit „benachbarten“ Systemen, die ebenfalls der Förderung und Bildung der nachwachsenden Generation und damit der Zukunftssicherung der Gesellschaft verpflichtet sind. Dabei ist die Intensivierung der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule eine ganz zentrale Zukunftsaufgabe, die von beiden Systemen gemeinsam zu verantworten ist. Die aktuellen Bestrebungen zum Ausbau von Ganztagschulen bieten

dafür hervorragende Ansatzpunkte (Anm. d. Red: hierzu auch S. 10 f.).

*Kann der KVJS die Kreise, Städte und Gemeinden bei der Umsetzung solcher Handlungserfordernisse unterstützen?*

**Margit Gerstner:** Sicher. Natürlich liegt die originäre Verantwortung für die Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe bei den örtlichen Trägern, und das ist auch gut und richtig so. Andererseits gibt es aber übergreifende Themen, Entwicklungen und Fragestellungen, die aus der überörtlichen Perspektive des KVJS-Landesjugendamtes in enger Kooperation mit den Jugendämtern und auch den freien Trägern sachgerechter angegangen werden können. Konkrete Beispiele sind etwa die Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung von Konzepten und Strukturen zur Stärkung der Erziehungskraft von Eltern in sozialräumlicher Familienbildung. Oder die Beratung der Einrichtungsträger und Jugendämter, unter anderem bei der Bedarfsplanung und Entwicklung flexibler, altersgemischter und integrativer Angebote der Tagesbetreuung; auch hinsichtlich einer optimalen Ausschöpfung finanzieller Zuschüsse des Landes. Diese Leistungen des Landesjugendamtes basieren natürlich immer auch auf der Gesamtschau unterschiedlicher Entwicklungen und Erfahrungen im Lande und im Bund, die zusammengeführt und ausgewertet werden. Diese Perspektiven bringen wir regelmäßig auch im Rahmen von Regionalkonferenzen und Fachtagungen ein.

Ein anderer Schwerpunkt liegt in den Fortbildungsangeboten. Sie orientieren sich an den Qualifizierungsbedürfnissen der öffentlichen und der freien Träger im Lande. Die werden gebündelt und nutzerorientiert in aktuelle Programmgestaltung umgesetzt. Ein weiteres Beispiel sind die zielgruppenorientierten Projekte zur gelingenden Bewältigung des Übergangs von der Schule in den Beruf. Aktuell engagiert sich das Landesjugendamt hier in der fachlichen Beratung und Evaluation von 40 Projekten, die Bürgerschaftliches Engagement für benachteiligte Jugendliche an dieser Schnittstelle initiieren, unterstützen und qualifizieren (Anm. d. Red: hierzu auch auf S. 17 f.).

*Welche Rolle spielt das vom KVJS entwickelte landesweite Berichtskonzept für die überörtliche Jugendhilfeplanung?*

**Margit Gerstner:** Das im Sommer vom Landesjugendhilfeausschuss und vom Verbandsausschuss beschlossene Konzept ist ein gutes Beispiel für Dienstleistungen, wie sie nur vom überörtlichen Jugendhilfeträger erbracht werden können. Mit dieser Konzeption wurden wir im Einvernehmen aller öffentlichen und freien Träger beauftragt, zukünftig regelmäßig Berichte zu Entwicklungen in der Kindertagesbetreuung, der Heimerziehung und der Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung sowie deren Ursachengeflecht zu erstellen. Ein wesentliches Merkmal aller dieser Berichte besteht darin, dass sie Daten für ausnahmslos alle Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs beinhalten und aufbereiten. Damit werden solide empirische Grundlagen für qualifizierte kreisspezifische Analysen zur Verfügung stehen, die gleichzeitig eine differenzierte kreisvergleichende Standortbestimmung auf der Basis einheitlicher Datenprofile ermöglichen. Auf dieser Basis lassen sich fundierte Erkenntnisse und konkrete Ansatzpunkte zur Qualifizierung und Optimierung des örtlichen Jugendhilfehandelns ableiten, die im Ergebnis auch einem effizienten Einsatz der knappen Ressourcen dienen. Genau dies ist dringender denn je gefordert.

**Dr. Ulrich Bürger:** Hinzu kommt noch, dass etwa das Konzept der Überörtlichen Berichterstattung zu den Entwicklungen und Rahmenbedingungen der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen ein ganzes Paket von Transferleistungen des Landesjugendamtes umfasst, das Jugendämtern, die dies wünschen, von uns ausgearbeitete Kreisanalysen, Fachberatungen oder auch Gremienreferate bietet. So betrachtet sind gerade die Berichtskonzepte ein anschauliches Beispiel dafür, was das spezifische Leistungsprofil und die Dienstleistungen des KVJS-Landesjugendamtes ausmacht.

**Info im Internet:**

[www.kvjs.de/jugendhilfe/planung.html](http://www.kvjs.de/jugendhilfe/planung.html)



## ***KVJS-Fortbildung ist bei der kommunalen Familie beliebt***

**Der KVJS hat im letzten Jahr 271 Fortbildungen, Seminare und Tagungen durchgeführt. Zwei Drittel der 7.150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus der kommunalen Familie. In diesem Jahr zeichnet sich ein noch höheres Interesse ab. Bis Ende Mai fanden bereits 153 Veranstaltungen mit 4.000 Bildungswilligen statt.**

„Es kann davon ausgegangen werden, dass die Teilnehmerzahlen von 2005 übertroffen werden“, so Verbandsdirektor Roland Klinger vor dem KVJS-Verbandsausschuss. Das breite Schulungs- und Bildungsangebot des KVJS im Bereich Jugendhilfe, Sozialhilfe sowie Schwerbehinderten- und Betreuungsrecht findet sein Zielpublikum.

„Sehr erfreulich: Rund 65 Prozent der Teilnehmer kommen aus den Landkreisen und Gemeinden Baden-Württembergs“, berichtete der Verbandsdirektor. 35 Prozent seien bei Institutionen freier Träger oder der Privatwirtschaft tätig.

Die Weiterbildungspalette des KVJS war auch im Jahr 2005 breit. 71 Prozent der ein- bis fünftägigen Veranstaltungen boten Wissenswertes zur Jugendhilfe, 16 Prozent zu Sozialhilfe und Betreuungsrecht und 13 Prozent zum Thema Schwerbehinderung und Arbeitsleben. Die Fortbildungen fanden überwiegend in verbandseigenen Räumen statt, also in den KVJS-Tagungszentren Flehingen (Landkreis Karlsruhe) und Gültstein bei Herrenberg (Landkreis Böblingen). „So sind wir unabhängig von den Planungen und Preisgestaltungen gewinnmaximierter Tagungshotels“, hob Verbandsdirektor Klinger hervor. „Darüber hinaus liegen die Fortbildungsstätten durch ihre Standorte im badischen und württembergi-

schen Landesteil für alle Teilnehmer aus Baden-Württemberg verkehrsgünstig.“

Das Bildungszentrum „Schloss Flehingen“ bietet zehn Seminarräume unterschiedlicher Größe für 15 bis 50 Personen. Zudem stehen elf weitere Gruppenräume für maximal je 15 Personen und ein Lichthof im Schlossgebäude für rund 100 Personen zur Verfügung. Im Tagungszentrum Gültstein gibt es drei Veranstaltungsräume für je 30 bis 40 Personen sowie sieben Tagungs- und Gruppenräume für je 15 bis 20 Personen und auch einen großen Tagungsraum für bis zu 125 Personen. Die Häuser in KVJS-Trägerschaft arbeiten mit Gewinn.

Die Fortbildung ist eine gesetzliche Aufgabe des KVJS nach dem Jugend- und Sozialverbandsgesetz. Sie fördert zudem den fachlichen Austausch innerhalb der kommunalen Familie, mit Expertinnen und Experten der freien Träger und der Wirtschaft und schafft Netzwerke.

syr

### **Info:**

#### **Service-Center beim KVJS:**

Telefon: 0711 6375-610

Fax: 0711 6375-125

9 Uhr bis 16.30 Uhr

Im Internet: [www.kvjs.de/fortbildung.html](http://www.kvjs.de/fortbildung.html)

## ***Ganztagsschulen – Herausforderungen für Jugendhilfe und Schule***

**Die Ganztagsschule wird für immer mehr Jungen und Mädchen zum Teil des Alltags. Doch nicht nur für Kinder und Eltern entstehen neue Möglichkeiten und Chancen. „Die Ganztagsschule wird auch die Konzepte und Strukturen der Jugendhilfe verändern“, berichtete Roland Klinger dem Landesjugendhilfeausschuss am 10. Oktober 2006. Der Verbandsdirektor des KVJS und der Ausschuss machen den Jugendämtern und freien Trägern ausdrücklich Mut, sich aktiv in die Planungen von Ganztagsschulen einzubringen. Der Ausschuss fordert zudem einen verlässlichen finanziellen und gesetzlichen Rahmen.**

Der KVJS begrüßt die Aufforderung des Kultusministeriums vom März 2006 die Jugendämter von Anfang an bei der Planung der Standorte mit einzubeziehen und das Zusammenwirken von Jugendämtern, Schulämtern und kommunalen Schulträgern zu intensivieren. „Leider wurden bislang nur wenige Jugendämter tatsächlich beteiligt“, bedauert Roland Klinger. Dabei sind die Voraussetzungen so günstig wie noch nie. Durch die Vereinigung der Schul- und Jugendämter unter dem Dach der Landkreise sind im Zuge der Verwaltungsreform ideale Bedingungen für einen Dialog geschaffen worden. Der Verbandsvorsitzende, Landrat Karl Röckinger, sieht darin eine große und ermutigende Chance für weiterführende Konzepte.

Im Oktober gab es in Baden-Württemberg 616 Ganztagsschulen. In den nächsten neun Jahren sollen fast 1.600 zusätzlich eingerichtet werden. Ziel ist ein Versorgungsgrad von 40 Prozent an allgemein bildenden Schulen. Expertinnen und Experten erwarten von der Ganztagsschule einen wichtigen Beitrag, um die Bildungsergebnisse im Allgemeinen und die Bildungschancen sozial benachteiligter Kinder im Besonderen zu verbessern. „Es bleibt mehr Zeit, auf Schülerinnen und Schüler einzugehen“, erläutert Roland Klinger. Die Ganztagsschule eröffne der Jugendhilfe ein neues Einsatzgebiet. Denn: „Bildung ist nicht nur Schul- und Berufswissen, son-

dern umfasst auch die Persönlichkeitsentwicklung.“ Sie sei das Fundament, um das Leben zu meistern und Krisen zu bewältigen.

### **Bildungslandschaften gestalten**

Bei diesem Bildungsbegriff kann die gemeinsame Arbeit von Schule und Jugendhilfe ansetzen. Neue Konzepte für die Ganztagsschule bergen nach Ansicht der Expertinnen und Experten vom KVJS-Landesjugendamt große Chancen:

- Die Jugendhilfe kann präventive Ansätze stärken und mit der Ganztagsschule ein kommunales Gesamtkonzept der „individuellen Förderung für alle“ entwickeln.
- Das „Aussortieren“ von Kindern aus dem allgemeinen Schulsystem könnte zum Beispiel durch gemeinsame Förderangebote von Schule und Jugendhilfe reduziert werden.
- Die neuen Bildungspläne könnten durch die Jugendarbeit mit sozialem Lernen gefüllt werden, etwa durch Schülermentoren oder Theaterprojekte. Jugendarbeit ist mit ihren Fachkräften und Ehrenamtlichen schon jetzt einer der wichtigsten Kooperationspartner der Schulen aus dem nach wie vor wichtigen außerschulischen Bereich.
- Die Entwicklung zur Ganztagsschule erfolgt Studien zufolge mit Schulsozialarbeit besser und schneller. Es ist zu er-

warten, dass vor allem die so genannten „Brennpunktganztagschulen“ Schulsozialarbeit wollen und brauchen.

- Zur Unterstützung der Entwicklungen zwischen Jugendhilfe und Schule können Gemeinden, Städte und Landkreise die Beratung, Fortbildungen und In-house-Seminare des KVJS anfordern.
- Der Austausch von Daten, Statistiken und Erhebungen unter Schul- und Jugendhilfebehörden bringt Städten, Gemeinden und Kreisen wichtige Informationen. Die Jugendhilfeplanung hat den Schulbehörden zum Beispiel Analysen des sozialen Raumes junger Menschen zu bieten, die Schulbehörden erheben Bildungsdaten, die auch für die Jugendhilfe wichtig sind.
- Auch Einrichtungen werden sich verändern. Den Hort an der Schule wird es an der Ganztagschule nicht mehr geben. Klassische Schülerhorte werden möglicherweise stärker als bisher für erziehungsauffällige Kinder beansprucht.
- Die „klassischen“ Angebote der Jugendhilfe werden für die Schule weiter willkommen sein, zum Beispiel die Soziale Gruppenarbeit oder die Sprechstunden der psychologischen Beratungsstelle.
- Der Bedarf an Erziehungshilfeleistungen kann sinken, wenn sozialpädagogische Aspekte bei der Ausgestaltung der Ganztagschulen berücksichtigt werden.

### **Finanzierung steht auf tönernen Beinen**

Die Herausforderungen der Gegenwart brauchen einen verlässlichen Rahmen – und daran fehlt es. Die Finanzierung und Förderung der Schulsozialarbeit und der Ganztagschule stehen auf tönernen Beinen. „Kaum eingeführt, wurden sie in der Vergangenheit an anderer Stelle wieder gekürzt“, weiß Klinger. Auch in Zukunft besteht die Sorge, dass die Rahmenbedingungen für Ganztagschulen „tagesaktuell“ per Erlass geändert werden.

Der Landesjugendhilfeausschuss ersucht die Landesregierung, sich dauerhaft an der Finanzierung von Schulsozialarbeit zu beteiligen und die Strukturen für die Ganztagschulen im Schulgesetz zu verankern. Zudem sei eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung wichtig. Dazu, ergänzt Klinger, könne auch der KVJS seine Erfahrungen aus vielen Kooperationsfortbildungen und -beratungen einbringen. Der Landesjugendhilfeausschuss schlägt dem Sozialministerium schließlich vor, Ganztagsbildung als Thema für den nächsten Landesjugendbericht zu wählen.

syr

## Ohne Ehrenamtliche bricht die rechtliche Betreuung zusammen

**Rund 90.000 Frauen und Männer können in Baden-Württemberg wegen Krankheit, Behinderung oder Altersdemenz ihren Alltag nicht mehr selbst bewältigen. Und es werden jährlich mehr. Deshalb gilt es, Ehrenamtliche als rechtliche Betreuer zu gewinnen. „Die Fortbildungsveranstaltungen des KVJS sind ein unverzichtbarer Bestandteil der erfolgreichen Werbung und Begleitung Freiwilliger“, stellt der jüngste „Fachtag Querschnittsarbeit“ in Stuttgart fest.**

Rechtliche Betreuungen werden zu 75 Prozent von Ehrenamtlichen geführt. Ohne die Freiwilligen würde das System zusammenbrechen. Ehrenamtliche werden in Baden-Württemberg von den hauptamtlichen Mitarbeitern der 78 anerkannten Betreuungsvereine unterstützt. Für diese Berufsbetreuer – auch „Querschnittsmitarbeiter“ genannt – organisierte der KVJS das Podium im Juli. „Auf besonderes Interesse stieß bei den rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Idee, für die Freiwilligen ehrenamtliche ‚Mentoren‘ zu gewinnen und auszubilden“, sagt Carola Dannecker von der überörtlichen Betreuungsbehörde beim KVJS. „Wir planen dazu Fortbildungen.“

Vorbild fürs Mentoren-Modell ist der SKM Betreuungsverein Ortenau. Dort werden umfassend geschulte ehrenamtliche Mentoren eingesetzt. Sie kümmern sich, stets begleitet durch die fachliche Beratung vom SKM, um Ehrenamtliche vor Ort. Die Gruppe der Ehrenamtlichen aus dem Schwarzwälder Kinzigtal zum Beispiel haben somit einen Ansprechpartner ganz in ihrer Nähe. Die Hauptamtlichen vom SKM Ortenau im 40 Kilometer entfernten Offenburg werden entlastet. Das wiederum nutzt allen Ehrenamtlichen, denn in manchen Kreisen oder Gegenden sind die Berufsbetreuer der Betreuungsvereine Ansprechpartner für bis zu 200 Ehrenamtliche. Zudem müssen die Hauptamtlichen noch eigene Betreuungen führen.

Der KVJS unterstützt die Ehrenamtlichen-Arbeit der Betreuungsvereine nicht nur durch Fachtage. Der Verband veranstaltet

auch Seminare zu Themen wie Qualitätssicherung oder Ideen zur Würdigung der Ehrenamtlichen. Andere Themen beleuchten Probleme wie Streit in der Familie, etwa von der Tochter und rechtlichen Betreuerin mit ihrem betagten Vater. Das Land finanziert die Veranstaltungen.

### Niemand muss perfekt sein

Betreuungsvereine haben nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch den Auftrag, Ehrenamtliche als rechtliche Betreuer zu gewinnen, zu beraten und zu begleiten. Gleichzeitig sind die Vereine Ansprechpartner bei allen Fragen und Problemen. „Unsere Vereine leisten sehr gute Arbeit“, sagt Carola Dannecker. Sie muss es wissen, denn der KVJS hält einen engen Kontakt.

Die Vereine erklären Interessierten, dass ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer nicht perfekt sein müssen. Mit Flyern und Vorträgen, über Netzwerke und Mund-zu-Mundpropaganda suchen sie Mitmenschen, die sich mit ihrer Person, ihrer Lebenserfahrung und ihrem Einfühlungsvermögen einbringen; die helfen möchten, betreute Frauen und Männer an der Gesellschaft teilhaben zu lassen und nicht auszugrenzen. Zudem beraten die Betreuungsvereine Ehrenamtliche, wenn diese zum Beispiel mit den Tücken von Verträgen hadern, Tipps zum Aufmuntern niedergeschlagener Klienten brauchen oder Fragen zum jährlichen Bericht fürs Vormundschaftsgericht haben.

Menschen, die ihren Alltag nicht mehr selbst bewältigen können, wurden noch bis 1992 entmündigt. Dann kam das Betreuungsgesetz. Es sieht die Betreuung ohne Entrechtung der Betroffenen vor. Ziel ist vielmehr, die Lebensqualität derjenigen zu stützen, die nicht ohne Hilfe ihren Lebensalltag bewältigen können. Betreuer wickeln zum Beispiel die finanziellen Angelegenheiten ab, korrespondieren mit Behörden oder führen Gespräche mit Ärzten. Sie sind persönlicher Ansprechpartner und sorgen für ein menschenwürdiges Lebensumfeld. Die Betreuungsperson greift nur so weit ein, wie Betreute sich nicht selbst helfen können und nur in vom Vormundschaftsgericht festgestellten Bereichen. Die Vereine bieten Fortbildungen und Einzelfallberatung.

Die Arbeit mit Ehrenamtlichen wird auch vom Land gefördert. Die Anträge der Vereine auf Mittel aus der Landesförderung gehen bei der überörtlichen Betreuungsbehörde beim KVJS ein. Der KVJS entscheidet im Auftrag über die Förderanträge.

syr

#### **Infos zu Betreuungen und zum Betreuungsrecht**

Carola Dannecker

Telefon: 0711 6375-325

E-Mail: [Carola.Dannecker@kvjs.de](mailto:Carola.Dannecker@kvjs.de)

[www.kvjs.de/behinderung-und-pflege/betreuungsrecht.html](http://www.kvjs.de/behinderung-und-pflege/betreuungsrecht.html)

## ***Gut vernetzt beim Eingliederungsmanagement der Carl Zeiss Gruppe***

13

**1996 gehörten sie zu den Ersten, die eine Vereinbarung abschlossen hatten – mittlerweile hat die Carl Zeiss Gruppe mit Sitz in Oberkochen nicht zuletzt dank einer rührigen Schwerbehindertenvertretung ein ausgeklügeltes betriebliches Eingliederungsmanagement mit zahlreichen Kooperationspartnern.**

Der grundlegende Ansatz des Integrationsmanagements der Carl Zeiss Gruppe ist es, bei gesundheitsbeeinträchtigten Beschäftigten möglichst frühzeitig die Weichen in Richtung Genesung zu stellen. „Wir müssen alles tun, um Chronifizierung zu vermeiden“, erläutert Ronald Weinschenk. Als Vertrauensperson der schwerbehinderten und gleichgestellten Menschen im Gesamtkonzern ist er die treibende Kraft bei der ständigen Weiterentwicklung des Integrationsmanagements. Gemeinsam mit seiner Stellvertreterin ist er bei Zeiss nicht nur für behinderte und schwerbehinderte, sondern auch für kranke und gesundheitsbeeinträchtigta Mitarbeiter der Ansprechpartner.

Vor zehn Jahre stand am Beginn der Erfolgsgeschichte eine ernüchternde Erkenntnis. „Mit vielen unserer Produkte sind wir Weltmarktführer, beim Gesundheitsmanagement war dies anfangs nicht so“, erinnert sich Weinschenk. „Das Unternehmen hat schnell die Wichtigkeit des Themas erkannt und mich bei der Umsetzung unterstützt.“ Bereits 1998 lag die erste Integrationsvereinbarung auf dem Tisch. Die aktuelle Konzern-Betriebsvereinbarung zur Integration gilt als vorbildlich.

#### **Gezielte Ursachenforschung**

Rund zwei Drittel der Belegschaft sind Mitglied in der hauseigenen Betriebskranken-

kasse (BKK), die so einen guten Überblick hat, welche Gesundheitsprobleme vorherrschen. „Häufigste Krankheitsursache sind Muskel- und Skeletterkrankungen“, erklärt Guntram Holzwarth von der BKK Schott-Zeiss. „Nach den Atemwegserkrankungen folgen dann schon psychische Erkrankungen. Während sich der Krankenstand über alle Krankheitsarten hinweg in den letzten Jahren stark verringert hat, gibt es bei den psychischen Erkrankungen weiter einen Zunahmetrend.“ Über Gesundheitsberichte können die Arbeitsunfähigkeitsdaten anonymisiert ausgewertet werden. Anhand dieser Ergebnisse ist dann eine gezielte Ursachenforschung möglich.

Im Werk Aalen, in dem Brillengläser hergestellt werden, fielen vor einigen Jahren die erhöhten Fehlzeiten wegen Krankheit auf. Das betriebliche Integrationsteam ging in Zusammenarbeit mit der BKK Schott-Zeiss den Ursachen auf den Grund. Ein unabhängiges Institut wurde mit der Entwicklung eines Fragebogens zur Arbeitsbelastung beauftragt, den die Mitarbeiter ausfüllten. Die Auswertung ergab, dass mehrere Faktoren für den vergleichsweise hohen Krankenstand verantwortlich waren. Probleme waren unter anderem die teilweise ergonomisch ungünstig eingerichteten Arbeitsplätze. „Das Ergebnis haben wir dem Vorstand und allen Führungskräften der acht betroffenen Bereiche vorgestellt“, so Vertrauensperson Weinschenk, „und zum Teil sehr kontrovers diskutiert.“

### **Führungskräfte sensibilisieren**

In der Folge wurden im Aalener Werk mehrere Gesundheitszirkel gemeinsam mit dem Team Gesundheit der BKK und den Mitarbeitern ins Leben gerufen. Rund 200 Verbesserungsvorschläge waren das Ergebnis. Beispielsweise wurde mit Unterstützung des Technischen Beratungsdienstes des KVJS-Integrationsamts eine Poliermaschine behinderungsgerecht umgerüstet und vom Integrationsamt auch bezuschusst.

Nach anderthalb Jahren wurde im Aalener Werk eine „Blitzlichtaufnahme“ gemacht, um zu sehen, wie sich die verschiedenen Verbesserungsmaßnahmen ausgewirkt hatten. Der Krankenstand war gesunken – aber es gab immer noch etwas zu tun. Um die Führungskräfte noch mehr für das Thema „Gesundheit“ zu sensibilisieren, nahmen alle Vorgesetzten vom Schichtführer aufwärts an einer entsprechenden Schulung durch ein unabhängiges Institut für Gesundheitsmanagement teil.

Zur Unterstützung der Führungskräfte entwickelte das Integrationsteam den Leitfaden „Gesundheit fördern – Fehlzeiten reduzieren“. Der Aushang monatlicher Fehlzeitendiagramme und regelmäßige Gespräche sollen Transparenz schaffen. Ist ein Mitarbeiter länger arbeitsunfähig, beginnt nach dem 20. Fehltag das innerbetriebliche Frühwarnsystem zu greifen. Die betroffenen Mitarbeiter werden unter Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung, des Betriebsrats und des Personalmanagements zur Beratung eingeladen, um die gesundheitliche Perspektive zu besprechen. „Die meisten sind froh, wenn sich jemand um sie kümmert“, erklärt Ronald Weinschenk. Viele Mitarbeiter werden auch dem Arbeitsmedizinischen Dienst vorgestellt. Ganz gezielt findet durch die Schwerbehindertenvertretung Beratung zur Prävention statt. „Unser System greift früher als gesetzlich vorgeschrieben. Wir versuchen, unnötige Wartezeiten auf eine Behandlung oder Rehabilitation zu vermeiden“ so die Vertrauensperson.

### **Kooperationspartner Klinik**

Um die Mitarbeiter bei einer längeren Erkrankung möglichst schnell und nachhaltig wieder fit zu machen, hat Vertrauensperson Weinschenk eine Reihe von externen Kooperationspartnern mit ins Boot geholt. Als nach KVJS-Informationen erstes deutsches Unternehmen hat die Carl Zeiss Gruppe einen Kooperationsvertrag mit ei-

nem Klinikbetreiber, den Waldburg-Zeil Kliniken in Isny-Neutrauchburg, abgeschlossen. So bekommen Mitarbeiter im Notfall innerhalb von drei Tagen ein Bett in einem Akutkrankenhaus oder einer Reha-Klinik der Fachrichtung Orthopädie, Rheumatologie, Kardiologie, Onkologie oder Psychosomatik. Eine solch prompte Reaktion ist nur möglich durch die enge Zusammenarbeit der Schwerbehindertenvertretung mit den Haus- und Fachärzten, dem Betriebsarzt, den Krankenkassen und dem DRV-BW/Regionalzentrum der Deutschen Rentenversicherung in Aalen.

Kooperation wird auch bei der Gesundheitsvorsorge groß geschrieben. Die Beschäftigten von Zeiss erhalten bei verschiedenen Sport- und Reha-Anbietern Sonderkonditionen und Rabatte. Ob das die Ermäßigung im örtlichen Schwimmbad oder der kräftige Preisnachlass beim Abschluss eines Jahresvertrag im Fitness-Studio ist: Wer sich fit halten will, wird dabei unterstützt. Als nächstes will Ronald Weinschenk den Betriebssport und die Vorsorgeangebote besser verzahnen. Die Ideen werden dem umtriebigen Macher auch ein Jahr vor dem Ruhestand noch lange nicht ausgehen.

*mok*

## **Info Betriebliches Eingliederungsmanagement**

### **Ziele**

- Vorbeugung und Überwindung von Arbeitsunfähigkeit
- Förderung und Erhalt der Gesundheit
- Verhinderung von chronischer Krankheit/ Behinderung
- Vermeidung krankheitsbedingter Kündigung

### **Service des Integrationsamts beim KVJS**

Das Integrationsamt führt regelmäßig Fortbildungen zum Thema „Betriebliches Eingliederungsmanagement“ durch und informiert auf Wunsch gern vor Ort im Betrieb.

### **Ansprechpartner/innen beim KVJS:**

Für die Regierungsbezirke Karlsruhe und Freiburg:

Ulrich Römer, Telefon: 0721 8107-985

Ulrich.Roemer@kvjs.de

Gernot Wenz, Telefon: 0721 81 07-984

Gernot.Wenz@kvjs.de

Für die Regierungsbezirke Stuttgart und Tübingen:

Herbert Hofmann, Telefon 0711 6375-273

Herbert.Hofmann@kvjs.de

## Landesjugendwochen 2007

Mitten drin in den Vorbereitungen der Landesjugendwochen 2007 steckt zur Zeit eine Arbeitsgruppe, der neben dem KVJS Vertreter der Jugendämter, der freien Träger, des Sports sowie des Ministeriums für Arbeit und Soziales angehören. Der konzeptionelle Rahmen, der die Ausgangsbasis für die vielfältigen örtlichen Aktivitäten vom 10. Juni bis 14. Juli 2007 bildet, steht inzwischen fest: Unter dem Motto „MitWIRKUNG“ für morgen!“ mit den Themenschwerpunkten Bildung, Erziehung, Betreuung und Schutz von jungen Menschen sollen die positiven Beiträge der Jugendhilfe zum Leben in Baden-Württemberg landesweit erfahrbar gemacht werden. „Wenn an die Tradition im Jahr 2002 angeknüpft werden kann, sind in allen Stadt- und Landkreisen vielfältige Veranstaltungen, Podien, Tage der offenen Tür und vieles mehr für den Bürger zu erwarten“, freut sich Andreas Reuter vom KVJS-Landesjugendamt.

Neu ist die enge Zusammenarbeit der Vorbereitungsgruppe mit dem FORUM Kinder- und Jugendpolitik freier Träger. Angestrebt wird, dass die Landesjugendwochen mit dem Kinder- und Jugendhilfetag Baden-Württemberg 2007 als zentraler Veranstaltung enden. Bereits im Dezember, verspricht Andreas Reuter, erhalten die Stadt- und Landkreise einen Katalog mit Aktions- und Werbematerial für die Landesjugendwochen: „Je nach der spezifischen Situation vor Ort können daraus Plakate, Banner und Flyer, aber auch Veranstaltungsideen bis hin zur Pressemappe angefordert werden.“ Der KVJS hat das Material in der Arbeitsgruppe mitgestaltet.

### Nähere Infos:

Andreas Reuter, Tel. 0711 6375-212

E-Mail: [Andreas.Reuter@kvjs.de](mailto:Andreas.Reuter@kvjs.de)

*add*

## Info-Film zur Aktion 1000

„Aktion 1000 – 1.000 Arbeitsplätze für geistig behinderte Menschen“ ist der Titel eines im Auftrag des KVJS-Integrationsamts produzierten zwölfminütigen Informationsfilms auf DVD. Der Film informiert über die Arbeit der Integrationsfachdienste (IFD). Und er präsentiert vielfältige Beispiele geglückter Integration, vor allem aus den zur Aktion 1000 gehörenden Modellprojekten Integrationscoach (PIC) und Kooperative berufliche Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt (KoBV).

Außerdem sind auf der DVD fünf zweiminütige Filme zu finden, die sich an Arbeitgeber, Eltern behinderter Menschen, Sonderschulen und Werkstätten für behinderte

Menschen richten und das Thema zielgruppenorientiert vertiefen, sowie ein zusätzlicher Kurzfilm über den IFD. Weiteres „Bonusmaterial“ der DVD sind PDF-Dateien des „KVJS-Ratgebers Beschäftigung schwerbehinderter Menschen“ und des „KVJS-Ratgebers Integrationsfachdienste“.

Die DVD soll in erster Linie die Integrationsfachdienste dabei unterstützen, Praktikumsstellen und Arbeitsplätze für geistig behinderte Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden.

### weitere Informationen im Internet:

[www.kvjs.de/aktion-1000.html](http://www.kvjs.de/aktion-1000.html)

*mok*



## ***Durchstarten in den Beruf mit Integrationsmanager und Patenschaften***

**Als Schüler einer Förderschule der Hauptschulabschluss vermeintlich in weiter Ferne? Als Migrant außen vor in der „einheimischen“ Gesellschaft? Kein Ausbildungsplatz in Sicht? Seit Anfang 2005 geben landesweit 40 Projekte des Verbunds „Startklar!“ jungen Menschen, die sich selbst in einer solchen oder ähnlichen Situation sehen, Perspektiven. Der KVJS leistet die Koordination und fachliche Begleitung des aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds geförderten Projektverbundes.**

Um sozial benachteiligte junge Menschen nachhaltig beruflich und sozial zu integrieren, will „Startklar!“ neue Wege gehen. „Ein modernes Integrationsmanagement, transparent in Modulen angeboten, setzt bei den Stärken der Jugendlichen an und vermittelt dann in die entsprechenden passgenauen Hilfsangebote. Dazu werden die Ressourcen vorhandener Netzwerke genutzt und weiterentwickelt“, erläuterte Verbandsdirektor Roland Klinger vor dem Landesjugendhilfeausschuss. Bürgerschaftliches Engagement soll dabei die professionelle Arbeit von Betrieben und Vereinen ergänzen und unterstützen und bei langfristig angelegten Patenschaften für Nachhaltigkeit sorgen.

Neben Haupt- und Förderschüler/innen ab der 8. Klasse, BVJ-Schülern und Berufsfachschülern, jungen Menschen in Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen oder in Arbeitsgelegenheiten nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch sowie Ausbildungsabbrechern profitieren vor allem junge Migrantinnen und Migranten von dieser bis Ende 2007 befristeten Offensive. Denn die haben ohne adäquate Unterstützung besonders schlechte Karten, nach der Hauptschule einen Ausbildungsplatz zu ergattern. „28 Projekte haben im vergangenen Jahr 6096 Jugendliche erreicht, von denen über 40 Prozent einen Migrationshintergrund hatten“, verdeutlichte Roland Klinger. Entsprechend breit gefächert präsentiert sich die Angebotspalette, die von

der Beratungsstelle für arbeitslose junge Menschen über Beschäftigungsinitiativen bis zur Produktionsschule reicht. Viele Projekte bieten Hilfen beim Übergang von der Schule in den Beruf – mit Erfolg: So konnten bisher sieben Projekte mehr als 20 Prozent ihrer „Schützlinge“ in eine duale Berufsausbildung vermitteln.

Und: Die Projektarbeit wird umso erfolgreicher sein, so die bisherige Bilanz, je mehr die Hilfen in kleine, überschaubare Lern- und Arbeitsgruppen eingebunden sind, je größer das ehrenamtliche Engagement ist und je enger sich die Kooperation mit den Ausbildungsbetrieben gestaltet. Der Verbandsdirektor: „Künftig wird es daher verstärkt darum gehen, im Rahmen der vom KVJS durchgeführten Fortbildungsveranstaltungen und des fachlichen Austausches der Projekte innovative Formen des Profiling und der Aquisition von Praktikum-, Arbeits- und Ausbildungsstellen vorzustellen und zu vermitteln.“

### **Mannheimer Hauptschulen setzen auf „Startklar!“**

Mannheim ist eine große Industriestadt und hat einen Migrantenanteil von über 20 Prozent. In der zweitgrößten Stadt Baden-Württembergs ist darum Integration ein ganz wichtiges Thema: An derzeit drei Hauptschulen betreuen ehrenamtlich arbeitende Mentorinnen und Mentoren förderungswürdige Jugendliche der Klassen 7

bis 9. Ausgewählt werden vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund, die gerne mehr aus sich machen würden, aber nicht von Haus aus über die nötige Unterstützung verfügen. „Wir möchten mit dem Projekt sowohl die schulische Situation der betroffenen Schülerinnen und Schüler stabilisieren, als auch den Übergang Schule-Ausbildung oder den Übergang auf eine weiterführende Schule so effektiv und gut wie möglich gestalten“, erklärt Senem Aras vom Interkulturellen Bildungszentrum.

Die Mentorinnen und Mentoren werden in Ihren Aufgaben und Herausforderungen durch die Integrationsmanagerin begleitet und geschult. „Durch die primär schulische

Betreuung durch eine Mentorin oder einen Mentor“, so Senem Aras, „entwickeln sich vertrauensvolle Beziehungen, die auch Hilfestellungen bei der späteren Berufsorientierung erlauben.“ Einige Zahlen und Fakten verdeutlichen, dass Mannheim mit dieser Strategie auf Erfolgskurs fährt: Im Schuljahr 2004/2005 nahmen an dem Projekt 52 Jugendliche teil. Durch gezieltes Einzelcoaching bei der Berufsorientierung, Ausbildungsreifeförderung und beim Besuch weiterführender Schulen ist es gelungen, über 18 Prozent der Schülerinnen und Schüler in ein Ausbildungsverhältnis und über 42 Prozent auf eine weiterführende Bildungsmaßnahme, wovon das BVJ ausgeschlossen ist, zu vermitteln.

add

## „Lokale Bündnisse“: Flagge zeigen für Familie

**Im Handel, in der Gastronomie und in vielen Dienstleistungsbereichen stellen Frauen die Mehrzahl der Arbeitskräfte. Gerade sie können aber häufig trotz hervorragender Ausbildung und hoher Motivation nicht in gewünschtem Umfang am Berufsleben teilnehmen, da entsprechende familienfreundliche Strukturen fehlen. Das soll in Ulm jetzt besser werden. Die Stadt hat sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als ein zentrales Ziel auf die Fahnen geschrieben und am 14. Oktober ein „Lokales Bündnis für Familie“ gegründet. Fachlich begleitet und unterstützt wurde sie dabei vom KVJS.**

In Lokalen Bündnissen für Familie schließen sich Stadt- oder Gemeinderat und Verwaltung, Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften, freie Träger, Einrichtungen, Kirchen, Vereine und Verbände zusammen, um ihre Stadt oder Gemeinde gemeinsam familienfreundlicher zu machen. Hierzu werden ergebnisorientierte Projektgemeinschaften gebildet, die konkrete Vereinbarungen formulieren und in die Praxis umsetzen. Die Themenfelder, mit denen das Bündnis für Familie in Ulm an den Start geht, umfassen neben Familie und Beruf auch Bildung und Erziehung, die Qualität des Lebensraumes, Kultur und

Freizeit sowie Verwaltung und Dienstleistungen. Die Integration von Migrantinnen und Migranten sowie von Jung und Alt im Dialog der Generationen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle.

„Eine Gemeinde, die heute konsequent auf Familienfreundlichkeit setzt, wird künftig im Wettbewerb der Regionen um Fach- und Führungskräfte einen Vorsprung haben“, macht Andreas Reuter vom KVJS-Landesjugendamt deutlich. Die kompetente Beratung beim Aufbau und der Weiterentwicklung von lokalen Bündnissen für Familie durch den KVJS gewährleiste,

„dass die Instrumente zur Entwicklung von Familienfreundlichkeit nicht in jeder Gemeinde und in jeder Stadt neu erfunden werden müssen.“

### **Von der Zukunftswerkstatt zur Bündnisgründung**

Zum Thema „Familienfreundliche Kommune“ bietet der KVJS Gemeinden und Städten, die ihr kinder- und familienfreundliches Profil schärfen wollen, in Kooperation mit der Familienforschung Baden-Württemberg auch die Durchführung von Zukunftswerkstätten an. Hier werden Stärken und Schwächen der Familienfreundlichkeit vor Ort diskutiert und gemeinsame Handlungsansätze für eine familienfreundliche Kommunalentwicklung erarbeitet. Maßgeschneiderte Konzepte garantieren dabei den Erfolg der Projektarbeit. Und: Mit der Teilnahme an einem solchen Seminar ist der Grundstein für darüber hinaus gehende Aktivitäten bereits gelegt. „Unsere Erfahrung hat gezeigt“, so Andreas Reuter,

„dass die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt Ausgangspunkt sind für die weitere Arbeit der Gemeinde an einem familienfreundlichen Handlungskonzept und oft zu einer Bündnisgründung führen.“

### **Hintergrund**

Um auf lokaler Ebene konkrete Verbesserungen für Familien anzustoßen, hat das Bundesfamilienministerium Anfang 2004 die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ gestartet. Seitdem hat sich die Initiative zu einem Erfolgsmodell entwickelt, das bundesweit Schule macht: Mehr als 330 Bündnisse, in deren Einzugsbereich über 36 Millionen Menschen leben, setzen mittlerweile neue Standards für familienfreundlichere Städte und Kommunen. Und jeden Monat kommen neue hinzu. Aktuelle Untersuchungen bestätigen den Erfolg. Demnach hat die Bündnisinitiative bereits deutlich zu einem Klimawechsel für mehr Familienfreundlichkeit in Deutschland beigetragen sowie Unternehmen und Kommunen einen ökonomischen Mehrwert eingebracht.

*add*

## Beim KVJS erschienen

### Periodika

#### **KVJS BtR-Info Betreuungsrecht Heft 3, 2006**

Neues aus Praxis und Rechtsprechung, Literaturtipps, Veranstaltungen, Seminare

Kostenlos zu beziehen beim KVJS  
Carola Dannecker  
Telefon 0711 6375-325  
Carola.Dannecker@kvjs.de  
Als pdf im Internet unter [www.kvjs.de/publikationen/btr-info.html](http://www.kvjs.de/publikationen/btr-info.html)

### Publikationen zur Schwerbehinderung und Arbeit

**Leistungsbilanz 2005. Zahlen – Daten – Fakten zur Arbeit des Integrationsamts,**  
September 2006

#### **Zeitschrift behinderte Menschen im Beruf, Ausgabe Baden-Württemberg, 3/2006**

Hrsg.: KVJS–Integrationsamt. Das Heft bietet Einblicke in die Arbeit des Integrationsamtes.

20

Alle Publikationen des Themenfeldes „Schwerbehinderung und Arbeit“ sind kostenlos zu beziehen bei:  
Gisela Lüttges  
Telefon 07 21 81 07-983  
Gisela.Luettges@kvjs.de  
im Internet als pdf-Datei unter [www.kvjs.de/publikationen/behinderung-und-arbeit.html](http://www.kvjs.de/publikationen/behinderung-und-arbeit.html)

### Publikationen Jugendhilfe

**Arbeitshilfe für Bildung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen. Die Handreichung zum infans-Konzept der Frühpädagogik,** Oktober 2006.

Die in fünf Module gegliederte Handreichung beschreibt ein erprobtes frühpädagogisches Konzept, das die fachliche Umsetzung der Ziele und Verbindlichkeiten des Orientierungsplanes für Bildung und Erziehung in Baden-Württemberg ermöglicht (vgl. zusätzliche Informationen zu infans [www.kvjs.de/index.php?id=405](http://www.kvjs.de/index.php?id=405)).

Alle Publikationen zur Jugendhilfe sind kostenlos zu beziehen bei:  
Diane Geiger  
Telefon 0711 6375-406  
Diane.Geiger@kvjs.de  
im Internet als pdf-Datei unter [www.kvjs.de/publikationen/jugendhilfe.html](http://www.kvjs.de/publikationen/jugendhilfe.html)

## Publikationen Behinderung und Pflege

### **Wohnen in verschiedenen Lebensphasen – ein Ratgeber für geistig und mehrfach behinderte Menschen und ihre Angehörigen, September 2006**

Die Behindertenhilfe hält vielfältige Angebote bereit, um geistig und mehrfach behinderte Menschen beim Wohnen zu unterstützen. Angehörigenverbände und der KVJS haben einen Überblick zusammengestellt. Schwerpunkt sind ambulante Hilfen zum eigenständigen Wohnen.

Alle Publikationen zu Behinderung und Pflege sind kostenlos zu beziehen bei:

Manuela Weissenberger

Telefon 0711 6375-307

E-Mail: [Manuela.Weissenberger@kvjs.de](mailto:Manuela.Weissenberger@kvjs.de)

## *Bits und Bytes*

Der KVJS unterstützt die 44 Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs und die Fachwelt zeitnah bei Ihrer täglichen Arbeit. Der Service liefert zum Beispiel Online-News, interessante Termine, Fortbildungs-Infos oder benennt fachliche Ansprechpartner. Die Wissensdatenbank enthält auch aktuelle Arbeitshilfen aus der Jugend- und Behindertenhilfe.

21

### ***Unser Service für Expert/innen der Jugend- und Behindertenhilfe***

#### **Jugendhilfe**

[www.kvjs.de/fachoeffentlich/jugend.html](http://www.kvjs.de/fachoeffentlich/jugend.html)

#### **Behinderung und Pflege**

[www.kvjs.de/fachoeffentlich/behinderung-pflege.html](http://www.kvjs.de/fachoeffentlich/behinderung-pflege.html)

#### **Behinderung und Arbeit**

[www.kvjs.de/fachoeffentlich/behinderung-arbeit.html](http://www.kvjs.de/fachoeffentlich/behinderung-arbeit.html)

#### **Betreuungsrecht**

[www.kvjs.de/fachoeffentlich/betreuungsrecht.html](http://www.kvjs.de/fachoeffentlich/betreuungsrecht.html)